



Unterschriften geprüft Volksbegehren gegen Kommunalabgaben kommt voran

Die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben ist mit ihrem Volksbegehren einen Schritt weitergekommen. Am Donnerstag wurden knapp 24.000 von den Meldebehörden geprüfte Unterschriften an Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben. Die CDU-Politikerin sagte, ob das Volksbegehren zugelassen wird, werde bis zum 24. November entschieden. Die Allianz zeigte sich zuversichtlich.

Wird das Begehren für zulässig erklärt, muss die Bürgerinitiative innerhalb von vier Monaten die Unterschriften von zehn Prozent aller Wahlberechtigten sammeln, das sind rund 200.000. Anschließend muss der Landtag über den Gesetzentwurf des Volksbegehrens entscheiden. Fällt diese Entscheidung negativ aus, kommt es zum Volksentscheid, bei dem alle Thüringer an der Wahlurne abstimmen dürfen. Mehr als ein Viertel aller Stimmberechtigten muss dann zustimmen, damit der Entscheid erfolgreich ist.

Initiative will Abgaben umverteilen

Knapp 24.000 Unterschriften wurden geprüft.

Die Initiative setzt sich dafür ein, dass die Abwasser- und Straßenausbauabgaben in Thüringen abgeschafft werden. Sie will, dass die Kosten der Gemeinden für Abwasserinvestitionen künftig nicht mehr über Beiträge der Eigentümer der Grundstücke umgelegt werden, sondern über die Gebühren der Verbraucher. Darüber hinaus sollen die Gemeinden statt der bisherigen Straßenausbaubeiträge künftig eine sogenannte Infrastrukturabgabe wie in Sachsen erheben können.

Die Beiträge, die Städte und Gemeinden für Straßen sowie Wasser- und Abwasseranschlüsse erheben, sind schon seit den 1990er-Jahren in Thüringen umstritten. Immer wieder hatten lokale und regionale Initiativen dagegen protestiert und sich schließlich zu einer Bürgerallianz zusammengeschlossen.

Thüringen verzeichnet mehr Bürgerbegehren

Der Vorstandssprecher des Vereins "Mehr Demokratie" in Thüringen, Ralf-Uwe Beck, wies darauf hin, dass die Zahl der Bürgerbegehren in Thüringen deutlich zugenommen habe. Allein 2010 seien 15 Initiativen angestoßen worden. Weitere sieben habe es bisher in diesem Jahr gegeben. Zuvor seien es pro Jahr nur vier gewesen. Auf diese Begehren seien auch zahlreiche Bürgerentscheide gefolgt. Seit 1993 seien davon insgesamt 33 zusammengekommen.

Zuletzt aktualisiert: 13. Oktober 2011, 19:21 Uhr